

## Factsheet

7. Juli 2026

### **Eidgenössische Volksinitiative 'Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)'**

Am 27. September 2026 wird über die Neutralitätsinitiative abgestimmt.

#### **Ebene**

eidgenössisch  kantonal  kommunal

#### **Inhalt des Geschäfts (Ausgangslage, Ausgestaltung, Ziele)**

Die Neutralitätsinitiative ist eine von der SVP lancierte Volksinitiative. Sie will die Schweizer Neutralität streng in der Bundesverfassung verankern, um sie vor einem schleichenden Abbau zu schützen. Vorgeschlagen wird ein neuer Artikel 54a.

Darin wird festgehalten: Die Schweiz ist neutral, ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet. Sie tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen ist nur bei einem direkten Angriff auf die Schweiz oder bei Vorbereitungen eines solchen Angriffs erlaubt. Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Ausnahmen gelten nur für UNO-Verpflichtungen sowie für Massnahmen gegen die Umgehung fremder Sanktionen. Zudem soll die Schweiz ihre Neutralität zur Konfliktverhütung und -lösung nutzen und als Vermittlerin auftreten.

Die Initianten argumentieren, die Neutralität werde seit 2022 aufgeweicht. Sie kritisieren insbesondere die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland, die Annäherung an NATO-Strukturen und die flexible Auslegung der Neutralität durch Bundesrat und Parlament. Konkret würde die immerwährende und bewaffnete Neutralität erstmals ausdrücklich in der Verfassung festgeschrieben. Ein NATO-Beitritt oder eine enge Kooperation mit Militärbündnissen wäre ausser bei einem direkten Angriff verboten. Autonome Sanktionen gegen kriegführende Staaten, wie aktuell gegen Russland, wären nicht mehr möglich; erlaubt blieben nur UNO-Sanktionen oder Massnahmen gegen Sanktionsumgehung. Auch Waffenlieferungen oder Logistikunterstützung in fremden Konflikten wären untersagt. Gleichzeitig soll die Schweiz weiterhin als Friedensvermittlerin wirken.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Ablehnung, weil die Initiative zu starr sei und die Handlungsfähigkeit der Schweiz in der Aussen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einschränke. Einen Gegenvorschlag gibt es nicht.

#### **Betroffenheit für KMU- und Gewerbe**

gross  mittel  klein

Keine direkte Betroffenheit. Staats- und sicherheitspolitische Fragen.

#### **Beschluss**

Der Vorstand spricht sich aus für «Keine Parole».